



Liebe Leserinnen und Leser,

viel los war diese Woche im Deutschen Bundestag. In einer aktuellen Stunde auf Verlangen der Unionsfraktion haben wir die Ampel-Verbots-Politik, die in vielen Bereichen an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeigeht, thematisiert. Viele Ampel-Vorschläge zielen auf Verbote ab. Die Ampel will den Menschen vorschreiben, wie sie heizen, fahren, essen sollen. Die Regelungen zum Werbeverbot von Naschereien sind keine staatliche Aufgabe, sondern übergriffig. Besonders dann, wenn die Ampel auf der anderen Seite Cannabis freigeben will. Das ist schlichtweg eine falsche Schwerpunktsetzung. Dazu habe ich im Bundestag gesprochen.

Ein weiteres Aufreger-Thema diese Woche ist die von der Ampel forcierte Wahlrechtsreform. Diese ist ein eklatanter Verstoß gegen alle Grundsätze unseres Wahlrechts und richtet sich gezielt gegen die CSU.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB



Union lehnt Vorschlag ab
Wahlrechtsreform:
Betrug am Wähler > S. 3



Digitalisierung vor Ort
1,79 Mio. Euro für
Gigibitusbau > S. 6



CSU und JU laden ein
Frühlingsempfang mit
Markus Söder > S. 8

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Rede im Deutschen Bundestag

Freiheit statt Verbote – den mündigen Bürger stärken

Zwang zum Austausch von Öl- und Gasheizungen, Verbrenner-Aus, Werbeverbot für Naschereien – in ihrer Politik setzt die Ampel-Koalition gerne auf Verbote. In einer aktuellen Stunde des Bundestages zeigte die CDU/CSU-Fraktion, dass diese Politik an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbei geht. Die Union will stattdessen den mündigen Bürger stärken, indem sie vernünftige Verhaltensweisen fördert.

Für eine Politik des gesunden Menschenverstands warb die umweltpolitische Sprecherin Anja Weisgerber. Als Stichworte nannte sie Freiheit, Technologieoffenheit, Anreize. Es gehe darum, die Bürger auf dem Weg in die Klimaneutralität mitzunehmen. Mit Verboten jedoch verspiele die Ampel die Akzeptanz für den Klimaschutz. „Wenn wir die Menschen verlieren, schaden wir der Gesellschaft und dem Klima“, betonte Weisgerber.

→ Die ganze Rede können Sie hier anschauen:
<https://youtu.be/uCWFYWFOaok>

Gegen ein Verbot des Verbrennermotors sprach sich Anja Weisgerber aus. Viele Menschen könnten sich den Kauf eines neuen Elektroautos nicht leisten. Wenn die Klimaziele erreicht werden sollten, müssten deshalb die Fahrzeuge, die auf dem Markt seien, synthetische und Biokraftstoffe tanken können. Auf dem Weg zur Klimaneutralität „müssen wir alle Optionen ziehen“, forderte die CSU-Politikerin. Für die deutsche Exportwirtschaft könne die Technologieoffenheit auch Chancen bieten.



Thomas Gebhart unterstrich, dass Heizen natürlich schrittweise klimaneutral werden müsse. Dabei müsse man aber realistisch vorgehen. Der Zwang zum Austausch alter Öl- und Gasheizungen, wie die Ampel ihn plane, sei jedoch „nicht umsetzbar, weder personell noch technisch“, sagte der Obmann im Ausschuss für Klima und Energie unter Berufung auf das Handwerk. Der Abgeordnete sprach sich für gezielte Förderung aus, wenn Bürger den Umstieg aus eigenem Antrieb plant.

Gegen das von der Koalition geplante Werbeverbot für Süßigkeiten und Snacks wandte sich Christina Stumpp. Sie sprach sich dafür aus, Kindern Kompetenzen im Umgang mit gesunder Ernährung zu vermitteln, statt Werbung aus ihrem Alltag zu verbannen. Im Kampf gegen Übergewicht bei Kindern setzt Stumpp auf Ernährungsbildung und Bewegung.



CDU/CSU-Fraktion lehnt Vorschlag der Ampel ab

Wahlrechtsreform: Betrug am Wähler

Das Vorgehen der Ampel ist nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion respektlos gegenüber der Opposition und den Wählerinnen und Wählern. „Das Wahlrecht ist ein Wahlrecht des betrogenen Wählers. Es ist unbestritten, dass der Bundestag kleiner werden muss. Dafür haben wir als Union auch eigene Vorschläge vorgelegt, die die Ampel jedoch rundweg abgelehnt hat“, so Anja Weisgerber.



Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Koalition und Opposition die Reform gemeinsam verabschiedet hätten.

„Die Reform der Ampel ist eine Attacke auf die Demokratie, ein eklatanter Verstoß gegen alle Grundsätze unseres Wahlrechts und ein gezielter Angriff auf die CSU“, so Weisgerber weiter.

Bei künftigen Wahlen in Deutschland müsste die CSU über die Fünf-Prozent-Hürde kommen, obwohl sie nur in Bayern zur Wahl antritt. Würde dies der CSU nicht gelingen, würden alle von ihr gewonnen Direktmandate entfallen. „Damit würden Millionen von Stimmen wertlos. Das ist eine Missachtung des Wählerwillens. Daher muss dieses Wahlrecht beim Verfassungsgericht überprüft werden“, betont die Abgeordnete.

Zum Hintergrund: Der Vorschlag der Ampel sieht zum einen vor, dass Direktmandate vom Zweitstimmenergebnis gedeckt werden müssen. Überzählige Mandate würden entfallen, wodurch auch einzelne Wahlkreise nicht mehr im Bundestag vertreten wären. Zum anderen können Parteien nicht mehr in den Bundestag einziehen, die mindestens drei Direktmandate erzielen, aber die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen.

Die Union im Bundestag hatte zuletzt vorgeschlagen, die Zahl der Wahlkreise von derzeit 299 auf 270 zu reduzieren, die Regelgröße für Listenmandate auf 320 zu erhöhen und die Zahl unausgeglichener Überhangmandate auf die vom Bundesverfassungsgericht zugelassene Anzahl zu erhöhen. Dies hätte ebenfalls zu einer signifikanten Verkleinerung des Bundestages auf rund 630 Sitze geführt. „Unser Vorschlag entspricht den demokratischen Grundsätzen und verkleinert den Bundestag. Das Wahlrecht der Ampel ist ein Betrug am Wähler“, so Weisgerber abschließend.

CSU-Parteichef Markus Söder sagte diese Woche: „Wenn die Ampel nicht nachbessert, werden wir dagegen klagen.“ Eine solche „Entmündigung der Bürger“ sei nicht akzeptabel. „Ganze Regionen könnten ohne direkt gewählte Abgeordnete sein. Millionen Stimmen wären wertlos“, so der Parteivorsitzende.



Digitaler Verbraucherschutz

Praxistaugliche Cookie-Banner

Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat eine Umfrage zum Verbraucherschutz im Netz vorgestellt. Dazu erklärt die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber:

„Wer Internetseiten aufsucht, der ist genervt von den Cookie-Bannern. Dabei erfüllen die Cookie-Banner häufig nicht einmal ihren Zweck: dass nämlich der Nutzer frei darüber entscheiden kann, ob der Website-Betreiber seine Daten sammeln darf. Im Sinne des digitalen Verbraucherschutzes brauchen wir deshalb übersichtliche und faire Einwilligungsmöglichkeiten. Auch die Verwaltung der vielen Einzeleinwilligungen muss verbraucherfreundlicher werden. Die Ampel muss daher endlich eine praxistaugliche Einwilligungsverwaltungs-Verordnung vorlegen.“

Die Ampel hat nach deutlich über einem Jahr im Amt noch immer nicht damit begonnen, in der Digitalpolitik Ergebnisse zu liefern. Das Motto der Ampel lautet: verwalten statt gestalten. Auch beim digitalen Verbraucherschutz haben wir bisher nichts gehört. Bei der Telekommunikationsmindestversorgungsverordnung (TKMV) zum schnellen Internet hat die Ampel die Belange der Bürgerinnen und Bürger ganz vergessen. Auch bei den wichtigen EU-Gesetzgebungsvorhaben Digital Services Act (DSA) oder bei der europäischen KI-Verordnung (AI Act) scheint die Ampel bisher nicht tätig geworden zu sein. Beim Thema Künstliche Intelligenz gehen die Meinungen innerhalb der Ampel sogar weit auseinander. Während Rot-Grün alles möglichst umfassend regulieren möchte, will Digitalminister Wissing ‚so viel Regulierung wie nötig, aber so wenig wie möglich‘. Wie die Ampel diese Positionen zu einer vernünftigen, innovativen Digitalpolitik inklusive eines fortschrittlichen digitalen Verbraucherschutzes zusammenbringen möchte, bleibt ihr Geheimnis.“

Kreislaufwirtschaft: Vorschläge der Union vorgestellt

Verwertung von Abfällen im Baubereich

Der Bundestag hat den Antrag der Unionsfraktion „Einsatz von Recycling-Baustoffen stärken“ debattiert. Dazu erklärt die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber:

„Wir müssen die stoffliche Nutzung von Sekundärrohstoffen verbessern. Das Bauwesen ist weltweit für 60 Prozent des Ressourcenverbrauches, 50 Prozent des Abfallaufkommens und mehr als 35 Prozent des Energieverbrauches verantwortlich. Die größten Abfallmengen entstehen am Bau. Die Wiederverwertung von Bauabfällen ist wirtschaftlich sinnvoll. Sie hat



ökologisch und klimapolitisch enormes Potenzial. Um Bauabfälle nutzbar zu machen, brauchen wir aber entsprechende Regeln und Grenzwerte. In unserem Antrag haben wir dazu konkrete Vorschläge gemacht: Erstaunlich, dass die Koalition sie ablehnt, ohne selbst Vorschläge vorzulegen. Sie vertut so eine große Chance, den Stoffkreislauf zu schließen.

Das Bauwesen in Deutschland muss ressourcenschonender werden. Der Kreislaufwirtschaft kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Um den steigenden Materialbedarf des Bausektors zu bedienen, müssen wir vermehrt auf Rohstoffe ‚Made in Germany‘ setzen. Insbesondere mineralische Abfälle aus Abbruch und Sanierung müssen recycelt und wiederverwendet werden. Hier ist ein Dreiklang aus Grenzwerten, Förderprogrammen und rechtlichen Regelungen nötig, um die Rahmenbedingungen für das Recycling zu verbessern. Die Ampel-Regierung muss den größten Abfallstrom Deutschlands endlich als Rohstoffquelle anerkennen."

Weltverbrauchertag

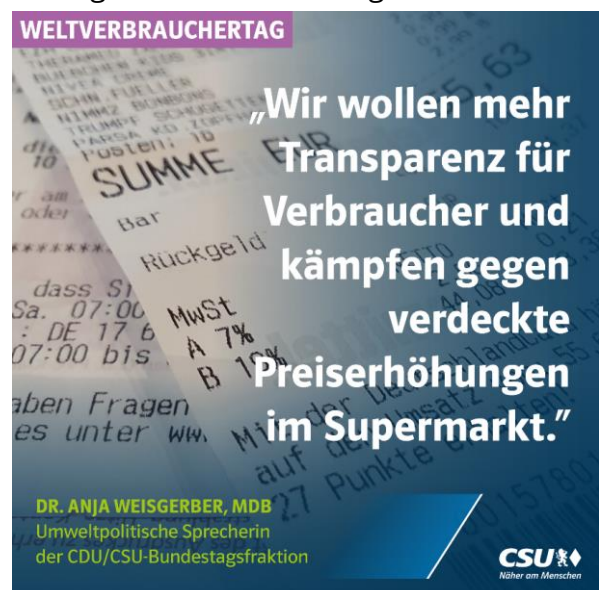
Weniger Verbote – mehr Transparenz

Am Mittwoch, 15. März, war Weltverbrauchertag. Dazu erklärte die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber:

„Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ohnehin mit steigenden Kosten für ihren Lebensunterhalt zu kämpfen. Deshalb ist es besonders ärgerlich, wenn dann auch noch Produkte mit weniger Inhalt zu unveränderten Preisen angeboten werden. Gegen diese versteckten Preiserhöhungen muss die Ampel vorgehen. Es braucht mehr Klarheit und Wahrheit am Supermarktregal. Die Unionsfraktion wird das Thema auf die Agenda des Bundestages setzen.

Darüber hinaus darf die Ampel Verbraucherinnen und Verbraucher nicht weiter mit Verboten traktieren. Immer neue Regulierungen bringen Verbraucher um den Verstand – zumal sie ohnehin nicht mehr wissen, wie sie ihr Leben noch finanzieren sollen. Gefordert ist eine Regierung, die die Verbraucher sicher durch diese Untiefen manövriert.

Die Unionsfraktion verlangt mehr Rechte für Verbraucher – und weniger Bürokratie. Insbesondere Rentner, Studenten, Geringverdiener, Menschen mit mittleren Einkommen und ohne finanzielle Reserven sowie mittelständische Unternehmen, die unter hohen Energie-, Material- und Produktionskosten leiden, sind auf Entlastungen angewiesen. Das Leben muss für alle erschwinglich bleiben.





Digitalisierung vor Ort

Poppenhausen erhält 1,79 Mio. Euro für den Gigabitausbau

Die Gemeinde Poppenhausen erhält 1.789.291 Euro Fördergelder aus dem Bundesprogramm zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze. Diese gute Nachricht überbrachte die Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber (CSU) an Bürgermeister Ludwig Nät-scher.

„Es ist ein starkes Signal, dass die Gemeinde Poppenhausen mit Mitteln aus dem Förderpro-gramm des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr unterstützt wird. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist gerade für die Gemeinden im ländlichen Raum lebensnotwendig, um



leistungs- und wettbewerbsfähig zu bleiben“, so die Wahlkreisabgeord-nete.

Die Freude ist auch bei Poppenhausens Bürgermeister Ludwig Nät-scher groß: „Wir freuen uns sehr über die finanzielle Unterstützung für unser Projekt. Damit investieren wir in die Erschließung von unter-versorgten Adressen im Gebiet unserer Gemeinde.“

„Die Breitbandförderung des Bun-des für Poppenhausen zeigt, dass hier in der vergangenen Legislatur-periode wichtige Entscheidungen für die Stärkung unserer ländlichen Region getroffen wurden. Daher ist es völlig unverständlich, dass die Ampelkoalition im Bundeshaushalt 2023 beim Breitbandausbau den Rotstift angesetzt hat, während in

anderen Ministerien das Steuergeld in einer schier einzigartigen Rekordverschuldung verschleudert wird. Gerade in diesen schwierigen Zeiten brauchen die Menschen positive Signale, die Deutschland zukunftsfest machen“, so Weisgerber abschließend.



Betriebsbesuch bei Planen Wehner



Nachhaltig, kreativ, familiär: Diese Eindrücke bleiben vom Besuch der Abgeordneten bei Planen Wehner in Schweinfurt. Geschäftsführerin Anna Meusert ermöglichte spannende Einblicke in das Familienunternehmen. Weisgerber zeigte sich beeindruckt, mit welcher Kreativität und organisatorischem Geschick das Unternehmen die Corona-Zeit überstanden habe und das familiäre Unternehmensklima erhalten konnte. Besonders begeistert war die Abgeordnete von der Philosophie im Bereich der Nachhaltigkeit – sei es bei der Reparatur oder der Nutzung recycelter Materialien. Auch die Ausbildung von Fachkräften wird im Unternehmen groß geschrieben. Das ist großartig. „Der Mittelstand verdient besondere Aufmerksamkeit – für ihn werde ich mich weiter stark machen“, so Weisgerber.



Festansprache für THWS-Absolventen

Dieses Jahr durfte Anja Weisgerber die Festansprache anlässlich der Auszeichnung hervorragender Abschlussarbeiten an der THWS Hochschule Würzburg-Schweinfurt halten. Dabei stellte sie heraus, dass wir in Deutschland eine neue Wachstumsagenda brauchen, die unsere Innovations- und Technologiekraft stärkt sowie die Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Basis dafür sei auch eine gut ausgebaute, vielfältige Hochschullandschaft. Ein enges Miteinander von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sei die Voraussetzung dafür, dass aus neuen Erkenntnissen neue Produkte und Anwendungen entstehen. Denn Forschung und Innovation sichern unseren Wohlstand. Herzlichen Glückwunsch allen Preisträgerinnen und Preisträgern!





CSU und JU laden nach Dittelbrunn ein

Frühlingsempfang mit Markus Söder

Markus Söder, Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union und Bayerischer Ministerpräsident, kommt am Sonntag, 26. März 2023 nach Dittelbrunn zum Frühlingsempfang von CSU und Junge Union (JU). Mit dabei sind auch Landtagskandidatin Martina Gießübel, Bezirksrat Stefan Funk und die CSU-Mandatsträgern der Region. Beginn ist um 10 Uhr im Marienbachzentrum Dittelbrunn, der Einlass ist ab 9 Uhr.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind zu dem Empfang herzlich eingeladen. „Wir freuen uns auf Ihr Kommen, auf viele gute Gespräche und Begegnungen“, so die beiden Gastgeberinnen Anja Weisgerber vom CSU-Kreisverband und Vanessa Schmidt vom JU-Kreisverband.

Um die Organisation zu erleichtern, wird um Anmeldung bis 20. März per E-Mail an unterfranken@csu-bayern.de oder telefonisch unter 09721/94770 gebeten.

**FRÜHLINGS
EMPFANG
2023**

MIT
DR. MARKUS SÖDER, MDL
VORSITZENDER DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION
BAYERISCHER MINISTERPRÄSIDENT

Alle
Bürgerinnen
und Bürger sind
herzlich ein-
geladen. Wir
freuen uns auf
Ihr Kommen!

MARTINA GIEßÜBEL
Landtagskandidatin

STEFAN FUNK
Bezirksrat

SO. 26.03.2023, 10 Uhr
Marienbachzentrum Dittelbrunn
Einlass ab 9 Uhr

Anmeldung:
Tel. 09721/94770 od.
[unterfranken@
csu-bayern.de](mailto:unterfranken@csu-bayern.de)

CSU  **JU**
Schweinfurt-Land

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen in den sozialen Medien.

